



PROTOKOLL

über die Beschlußfassung zu den Anträgen

"Damit Bayern vorn bleibt."
58. Parteitag 1994
der Christlich-Sozialen Union
2./3. September 1994, München

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Herausgeber: CSU-Landesleitung
Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München

Verantwortlich: Erich Schmid, Landesgeschäftsführer

Auflage: September 1994

INHALTSVERZEICHNIS

	SEITE
Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 1-7	4
Sozialpolitik Nr. 1- 8	7
Europapolitik Nr. 1-3	13
Verkehrspolitik Nr. 1-2	15
Bildungspolitik Nr. 1-4	17
Jugendpolitik Nr. 1-4	20
Sonstiges Nr. 1-4	22

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 1

Stabilitätskurs fortsetzen, weitere Steuerentlastungen schaffen

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert eine konsequente Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung und des finanzpolitischen Stabilitätskurses. Die Staats-, Steuer- und Abgabenquoten müssen mittelfristig wieder sinken. Die Unternehmenssteuerreform muß weiter vorangetrieben und ein einfaches sowie übersichtliches Steuerrecht geschaffen werden.

Beschluß des Parteitags:

Zustimmung (einstimmig).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 2

„Schlanker Staat“

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU

Der Parteitag möge beschließen:

Bürokratieabbau, Privatisierung und Deregulierung müssen entschlossen fortgesetzt werden. Der Mittelstand, der gegenüber industriellen Großbetrieben überproportional unter staatlichen Regularien zu leiden hat, muß weiter entlastet werden.

Beschluß des Parteitags:

Zustimmung (einstimmig).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
Antrag Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 3 Forschungs- und Technologiepolitik für den Mittelstand
Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert von der Forschungs- und Technologiepolitik des Bundes, der Länder und der Europäischen Gemeinschaft, daß der Mittelstand bei allen Programmen und Maßnahmen angemessen beteiligt wird.

Beschluß des Parteitags:

Zustimmung (einstimmig).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 4

Arbeitszeitflexibilisierung

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU appelliert an die Tarifvertragsparteien im Rahmen der Tarifautonomie, alle Chancen zu nutzen, die Beschäftigung zu steigern. Zusätzliche Arbeitsplätze können durch maßvolle Lohn- und Gehaltsabschlüsse und durch eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit geschaffen werden.

Beschluß des Parteitags:

Zustimmung (einstimmig).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 5

Betriebsnachfolge

Antragsteller: Junge Union Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert die Gleichbehandlung der generationsbedingten, familieninternen Betriebsnachfolge mit der Fremdbetriebsnachfolge durch die Einführung von zinsverbilligten Darlehen bei der Übernahme von Familienbetrieben zur Anschubfinanzierung. Eine eventuelle Rückübertragung wird nicht gefördert.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (einstimmig).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 6

Begrenzung der Zahl der Aufsichtsratsmandate

Antragsteller: Peter Keller, MdB, Delegierter

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU will eine Begrenzung der Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Person von bisher bis zu zehn deutlich senken.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (mit großer Mehrheit).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
--

Antrag Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 7

Markteinführung von Regenerativenergie
--

Antragsteller: Junge Union Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert Länder, Bund und Europäische Union auf, die Markteinführung aller Arten von Regenerativenergie massiv und marktgerecht zu unterstützen.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament mit zustimmender Tendenz (mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
--

Antrag Sozialpolitik Nr. 1

Kindergeld

Antragsteller: Wolfgang Leiter, Delegierter

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, eine dahingehende Änderung des § 2 Abs. 2 Satz 2 Bundeskindergeldgesetz anzuregen, daß bei einmaliger oder vorübergehender Erwerbstätigkeit von Studenten (Semesterferien)

erzielte Bruttobezüge über 750,--DM hinsichtlich der Gewährung des Kindergeldes außer Ansatz bleiben.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (mit vielen Gegenstimmen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
Antrag Sozialpolitik Nr. 2
Weiterentwicklung des Kindergeldes
Antragsteller: CSU-Kreisverband München-Land

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, Gesetzesinitiativen zu ergreifen, um die finanzielle Situation von Familien und Alleinerziehenden zu verbessern:

1. Der steuerliche Kinderfreibetrag (heute DM 4.104,-- pro Kind und Jahr) ist bis auf das Niveau des Existenzminimums anzuheben. Dabei geht die CSU davon aus, daß die Höhe des Existenzminimums zu differenzieren ist (für das zweite Kind wäre es wohl niedriger als für das erste. für das Kind einer Alleinerziehenden z.B. dagegen deutlich höher).
2. Es ist dabei durch eine entsprechende Modifizierung des Kindergeldzuschlages (heute maximal DM 65,-- pro Kind und Monat) sicherzustellen, daß Einkommensschwächere, die den Kindergeldfreibetrag nicht voll ausschöpfen können, einen entsprechenden Ausgleich erhalten.
3. Die Kindergeldleistungen sind auf ein Niveau anzuheben, das dem unserer europäischen Nachbarstaaten entspricht.

4. Die Kindergeldleistungen und die steuerlichen Freibeträge sind davon abhängig zu machen, daß für die jeweiligen Kinder nicht in einem anderen Staat Leistungen gewährt werden.

Beschluß des Parteitags:

Zustimmung (einstimmig).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
Antrag Sozialpolitik Nr. 3 Verbesserung der Adoptionsmöglichkeiten
Antragsteller: CSU-Kreisverband München-Land

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, gesetzgeberische Initiativen zu ergreifen, um das Adoptionsrecht zu vereinfachen. Konkret fordert die CSU, die Verwaltungsverfahren, die ein Paar durchlaufen muß, das ein Kind adoptieren möchte, zu vereinfachen und zu beschleunigen. Es muß in der überwiegenden Zahl der Fälle möglich sein, daß ein Kind noch im Säuglingsalter zu dem adoptionswilligen Paar kommt (wenn auch zunächst in Pflegschaft).

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag mit zustimmender Tendenz (bei einigen Gegenstimmen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Sozialpolitik Nr. 4

Anlaufstelle für Schwangere in Konfliktsituationen

Antragsteller: CSU-Kreisverband München-Land

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag sowie die Kommunen in Bayern auf, zu prüfen, ob bei den Kommunalverwaltungen Anlaufstellen für Schwangere in Konfliktsituationen geschaffen werden können, die für den betroffenen Personenkreis Behördengänge übernehmen. Dies ist durch Umschichtungen in den öffentlichen Verwaltungen zu erreichen; neue Planstellen sollen nicht geschaffen werden.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, die Frauen-Union und die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU mit zustimmender Tendenz (bei einigen Gegenstimmen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Sozialpolitik Nr. 5

Verbesserung der Unterhaltssicherung

Antragsteller: CSU-Kreisverband München-Land

Neufassung des Antrags:

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, gesetzgeberische Maßnahmen einzuleiten, um die Sicherung der Unterhaltszahlungen für noch in Ausbildung befindliche Kinder zu verbessern.

Insbesondere ist es notwendig, die Durchsetzbarkeit von Unterhaltsansprüchen der Kinder bzw. der Jugendlichen gegenüber säumigen Elternteilen deutlich zu verbessern.

Begründung:

Durch die Überlastung unserer Gerichte ziehen sich solche Verhandlungen oft über Jahre hinweg, bzw. können auch mutwillig hinausgezögert werden. Dies stellt eine erhebliche, nicht nur finanzielle Belastung dar.

Während dieser Zeit sollte sichergestellt werden, daß betroffene Kinder bzw. Jugendliche zumindest einen Teil des ihnen zustehenden Unterhalts (Düsseldorfer Tabelle) von ihren Eltern erhalten.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (mit zustimmender Tendenz).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
--

Antrag Sozialpolitik Nr. 6

Initiative zu mehr Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen
--

Antragsteller: Peter Keller, MdB, Delegierter

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Unternehmen und setzt sich bei allen Beteiligten für eine neue investive Lohnpolitik ein.

Beschluß des Parteitags:

Zustimmung (bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
--

Antrag Sozialpolitik Nr. 7

Eigenverantwortung durch Selbstbeteiligung
--

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU
--

Der Parteitag möge beschließen:

Die sozialen Sicherungssysteme müssen langfristig finanzierbar bleiben. Der notwendige sparsame Umgang mit den vorhandenen Finanzmitteln kann nur sichergestellt werden, wenn sich die Beteiligten am Sozialsystem richtig verhalten. Nur dann kann das hohe Niveau der sozialen Sicherung in Deutschland für die nächste Generation gefestigt werden.

Beschluß des Parteitags:

Zustimmung (einstimmig).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
Antrag Sozialpolitik Nr. 8 Fehlbelegungsabgabe
Antragsteller: CSU-Kreisverband München-Land

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag werden dazu aufgefordert, die nötigen gesetzgeberischen Schritte einzuleiten, um zu erreichen, daß die Fehlbelegungsabgabe für Sozialwohnungen deren Miete bis auf Marktniveau anhebt.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag (mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen).

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seifert-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Europapolitik Nr. 1

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Antragsteller: Dr. Ingo Friedrich, MdEP, Delegierter

im Namen der CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Der Parteitag möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, insbesondere während der deutschen Ratspräsidentschaft weitere Schritte auf dem Wege hin zu einer Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik einzuleiten. Dies sollte im Rahmen der WEU, auf der Grundlage der 2. Säule des Vertrages über die Europäische Union und durch den Ausbau der WEU zum Sicherheitsinstrument der EU als europäischer Pfeiler in der NATO geschehen. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat Vorrang von anderen Integrationsanforderungen der EU.

Beschluß des Parteitags:

Zustimmung (einstimmig).

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Europapolitik Nr. 2

Innere Sicherheit in Europa

Antragsteller: Dr. Ingo Friedrich, MdEP, Delegierter
im Namen der CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Der Parteitag möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die durch den Unionsvertrag neu geschaffenen Möglichkeiten im Bereich einer intensiven Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Innen- und Justizpolitik, also der Inneren Sicherheit, verstärkt zu nutzen. Diese sogenannte 3. Säule des Unionsvertrages sollte zur Umsetzung eines Aktionsplanes auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit, zu einem zügigen Abschluß eines Abkommens zur Sicherung der Außengrenzen und zu einer baldigen effizienten Arbeitsfähigkeit von Europol genutzt werden. Im Zuge dieser Entwicklung muß auch eine Angleichung der nationalen Datenschutzgesetze erfolgen

Beschluß des Parteitags:

Zustimmung (einstimmig).

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hann-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Europapolitik Nr. 3

Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa

Antragsteller: Dr. Ingo Friedrich, MdEP, Delegierter

im Namen der CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Der Parteitag möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit den übrigen Partnern, der Kommission und dem Europäischen Parlament die Nachbarländer in Mittel- und Osteuropa an die Union heranzuführen. Die soll neben der vertieften wirtschaftlichen Kooperation mit den entstehenden Marktwirtschaften im Osten, vor allem im kulturellen Zusammenwirken, sowie durch Förderung des Austausches von Jugendlichen aus ost- und südosteuropäischen Ländern erreicht werden.

Beschluß des Parteitags:

Zustimmung (einstimmig).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Verkehrspolitik Nr. 1

Maßnahmenkatalog zur Stärkung des
Verkehrsträgers "Schiene" im Freistaat Bayern

Antragsteller: Friedrich Winklmaier, Delegierter

Der Parteitag möge beschließen:

Die Bayerische Staatsregierung soll im Rahmen ihrer Politik der Stärkung des Verkehrsträgers "Schiene" prüfen, ob und wie folgende Maßnahmen zu realisieren sind:

1. Förderung aufwandsarmer Umschlagsysteme Schiene-Straße: In den letzten Jahren sind innovative Umschlagsysteme einsatzreif geworden. Beispiel: Abrollcontainer, die praktisch ohne stationäre Infrastruktur den Umschlag Schiene-Straße ermöglichen. Damit könnten Eisenbahnlinien gerade im ländlichen Raum als Transportadern wieder konkurrenzfähig werden.
2. Erweiterung des Schienennetzes in der Fläche: Durch die Streckenstilllegungen der letzten drei Jahrzehnte sind viele ländliche Räume inklusive Mittelzentren ohne Schienenanbindung. Damit fehlt aber gerade auch die Zubringer- und Verteilfunktion des Systems "Schiene". Es ist daher ein Konzept nötig, das bayernweit ein volkswirtschaftlich und verkehrspolitisch sinnvolles Schienennetz festlegt.
3. Zur Sicherung der freien Wahl des Verkehrsmittels ist in der Landesentwicklungsplanung festzulegen, daß neue Gewerbe- und Industriegebiete auch an das Schienennetz anzubinden sind. Ganz besonders muß dies für Speditions-, Paketdienst- und Güterverteilzentren sowie Warenauslieferungslager gelten.
4. Förderung mittelständischer Komponenten im Zubringerbereich: Es ist anzustreben, ähnlich wie auf der Straße auch die lokalen Schienen-Verkehrs-Verteilungs- und -Zubringerfunktionen mittelständischen Betriebsformen zu erschließen.

5. Verbesserte Bahn-Informationssysteme: Um einen wirklichen diskriminierungsfreien Zugang zu den Schienentrassen zu ermöglichen, ist ein DB-unabhängiges Trasseninformationssystem aufzubauen bzw. zu fördern.
6. Vernetzung der Verkehrsträger auch in den staatlichen Organisationen: Es ist anzustreben, daß sämtliche mit Verkehrsfragen befaßten staatlichen Stellen (z. B. Oberste Baubehörde) stärker als bisher spartenübergreifend organisiert werden, um die Vernetzung der Verkehrsträger zu unterstreichen.
7. Stärkung der Bayerischen Bahnindustrie: Es ist zu untersuchen, wie der historisch so verdienstvolle Bahnindustriestandort Bayern gefördert werden kann.
8. Europäische Qualitätssicherung: Über geeignete supranationale Gremien wie Europaparlament, Ministerrat und EG-Kommission aber auch ARGE ALP sind Maßnahmen einzuleiten, daß die Qualität des Produkts "Bahntransport" europaweit gesichert wird. Insbesondere Italien, aber auch die südost-europäischen Länder sind in diesen Prozeß umgehend einzubinden.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag (mit zwei Gegenstimmen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Verkehrspolitik Nr. 2

ÖPNV - "Stadtkarten"

Antragsteller: Junge Union Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag auf, eine Gesetzesinitiative einzuleiten, mit deren Hilfe die Rechtsgrundlage für die Einführung von sogenannten "Stadtkarten" geschaffen wird (= ÖPNV-Zeitkarten als Voraussetzung für die Benutzung des PKW im innerstädtischen Verkehr), soweit eine entsprechend leistungsstarke ÖPNV-Infrastruktur vorhanden ist (wie z.B. in München) oder aber als Finanzierungsmöglichkeit eines solchen Ausbaugrades.

Beschluß des Parteitags:

Ablehnung (mit großer Mehrheit).

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Bildungspolitik Nr. 1

Gleichbehandlung von allgemeiner und beruflicher Bildung

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU

Der Parteitag möge beschließen:

Die Optimierung des dualen Ausbildungssystems in Deutschland muß als Schwerpunktaufgabe begriffen werden. Dazu ist eine Gleichstellung von beruflicher und allgemeiner Bildung durch öffentliche Fördermittel notwendig.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag mit zustimmender Tendenz (mit großer Mehrheit).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Bildungspolitik Nr. 2

Aus- und Fortbildung von Handwerkern

Antragsteller: Junge Union Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert den Deutschen Bundestag und das Europäische Parlament auf, ein eigenes Förderprogramm für die Aus- und Fortbildung von Handwerkern im Rahmen bestehender europäischer Förderprogramme und über das Existenzgründungsprogramm beim Bundesministerium für Wirtschaft hinaus einzurichten.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament mit zustimmender Tendenz (bei großer Mehrheit und einigen Gegenstimmen und Enthaltungen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Bildungspolitik Nr. 3

Wahlkursangebot an weiterführenden Schulen

Antragsteller: Junge Union Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert die Bayerische Staatsregierung bzw. das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst auf, ein breitgefächertes Wahlkursangebot an den weiterführenden Schulen bereitzustellen. Dabei sollte besonders den hierzulande nicht sehr populären Sprachen wie Polnisch, Ungarisch, Tschechisch oder Russisch spezielle Aufmerksamkeit geschenkt werden und zudem ein intensiver Jugendaustausch mit den osteuropäischen Staaten, ähnlich demjenigen mit Frankreich oder Großbritannien, entstehen und entsprechend gefördert werden.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag (bei einer Enthaltung).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
Antrag Bildungspolitik Nr. 4 Reisemöglichkeiten für Schulklassen
Antragsteller: Maren Günther, MdEP, Delegierte

Der Parteitag möge beschließen:

Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, die Rechtsgrundlagen für Schulfahrten so zu gestalten, daß bei Zielen außerhalb Bayerns allenfalls eine jahrgangsstufenbezogene Begrenzung der Entfernung vorgesehen wird.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag (mit wenigen Gegenstimmen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
Antrag Jugendpolitik Nr. 1 Beobachtung von Sekten durch den Verfassungsschutz
Antragsteller: Junge Union Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag auf, pseudoreligiöse Sekten durch den Verfassungsschutz - auch mit Hilfe von V-Männern - zu beobachten und hinsichtlich totalitärer Strukturen überprüfen zu lassen. Insbesondere die Achtung der Menschenrechte ist zu kontrollieren.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (mit wenigen Enthaltungen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994
Antrag Jugendpolitik Nr. 2 Sekten und Schulen
Antragsteller: Junge Union Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert den Gesetzgeber auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, von Sekten geführte bzw. in der Hauptsache unterstützte Schulen nicht anzuerkennen.

Beschluß des Parteitags:

Bereits erledigt.

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Jugendpolitik Nr. 3

Vorschufonds für die Heilbehandlung von Drogenabhängigen

Antragsteller: Junge Union Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert die Träger der gesetzlichen Krankenkassen, der gesetzlichen Rentenversicherungen, einschl. der BfA, und die Träger der überörtlichen Sozialhilfe auf, einen gemeinsamen Vorschufonds für die Heilbehandlung von Drogenabhängigen zu schaffen.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (mit wenigen Gegenstimmen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Jugendpolitik Nr. 4

Weiterbildungspflicht von Drogenbeauftragten

Antragsteller: Junge Union Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert eine qualifizierte Weiterbildungspflicht von Drogenbeauftragten an Schulen.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag (einstimmig).

Die Stellungnahme der Antragskommission wurde im ersten Satz wie folgt geändert: "Der richtige Umgang mit drogengefährdeten oder abhängigen Schülern ist eine wichtige *gesellschaftliche* Aufgabe."

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Sonstiges Nr. 1

Persönliche Haftung der SED-Nomenklatura für Sozialismus-Schäden

Antragsteller: Johannes Geiger, Delegierter

Der Parteitag möge beschließen:

Bundesregierung und Bundestag werden ersucht, Mittel und Wege zu finden, wie die Mitglieder der DDR-Nomenklatura vermögensrechtlich für die im Sozialismus angerichteten Schäden haftbar gemacht werden können. Die aus einem solchen "Nomenklatura-Lastenausgleich" zu erzielenden zusätzlichen Einnahmen sollten dem Entschädigungsfond für Geschädigte des DDR-Regimes zugeführt und für die Einmal-Zahlungen an Vertriebene verwendet werden.

Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Sonstiges Nr. 2

Gedenkveranstaltungen zum Jahr 1945

Antragsteller: Johannes Geiger, Delegierter

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert die Träger staatlicher und gesellschaftlicher Verantwortung auf, bei öffentlichen Erklärungen anlässlich der Gedenkveranstaltungen zum Jahr 1945 jede Verniedlichung des Vertreibungsunrechts und der Kriegsverbrechen an Deutschen und ihren Kriegsbündeten zu unterlassen oder Kriegsverbrechen mit dem Recht des Siegers zu entschuldigen.

Insbesondere sollte der verbrecherische und völkerrechtswidrige Charakter der Beschlüsse der Konferenz von Jalta vom Februar 1945 bewußtgemacht werden. Über Polen, die baltischen Staaten und die Staaten auf dem Balkan wurde befunden, ohne daß diese Völker von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen konnten. Daß dabei Vertreibung, Massendeportationen und der Tod von Millionen von Menschen bewußt in Kauf genommen wurden, macht die historische Dimension dieser Konferenz aus und gab dem Herrschaftssystem des Stalinismus in Osteuropa in der Nachkriegszeit seine Rechtfertigung.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung des ersten Absatzes an die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Sonstiges Nr. 3

Arbeitskreis Deutschland- und Außenpolitik

Antragsteller: Johannes Geiger, Delegierter

Der Parteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird ersucht, einen Arbeitskreis Deutschland- und Außenpolitik auf Landesebene zu begründen mit der Aufgabe die deutschlandpolitischen Vorstellungen der CSU in den vorpolitischen Raum zu tragen, Fachleute zur Mitarbeit zu gewinnen und Modelle zu entwickeln, wie in einer sich wandelnden Welt Deutschland sich selbst versteht und seine Interessen in den internationalen Beziehungen definiert. Dabei kann und soll auf die bewährten Strukturen und Fachleute in den Bezirksverbänden zurückgegriffen und deren Arbeit koordiniert werden, auch unter Rückgriff auf vorhandene Publikationen.

Beschluß des Parteitags:

Ablehnung (mit wenigen Gegenstimmen).

58. PARTEITAG DER CSU, 2./3. SEPTEMBER 1994

Antrag Sonstiges Nr. 4

Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für öffentliche Wahlen

Antragsteller: Junge Union Bayern

Der Parteitag möge beschließen:

Die Junge Union Bayern fordert die CSU auf, ihre Satzung in den Punkten 4.1 - 4.4 (4. Abschnitt: Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für öffentliche Wah-

len, Stand 01.01.1993), dahingehend zu ändern, daß "Direkt-Kandidaten" der CSU für Europa- (Wahlkreiszeilung der Europaabgeordneten vorausgesetzt), Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen direkt durch die Parteimitglieder der Wahlkreise bestimmt werden können.

Beschluß des Parteitags:

Überweisung an die CSU-Satzungskommission mit der Maßgabe, den Vorschlag in die Beratungen zur anstehenden Überarbeitung der CSU-Satzung mit einzubeziehen (mit wenigen Gegenstimmen).

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP